

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Vertreter der lokalen Presse, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit der heutigen Sitzung lege ich Ihnen den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2024 vor und muss Ihnen schon mit meinem ersten Satz signalisieren: Die Eckwerte des Haushalts geben wenig Anlass zur Zufriedenheit – noch weniger als in den Vorjahren.

Hatten wir für 2024 in der Mittelfristigen Finanzplanung im Haushaltsplan 2023 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von rund 16 Mio. Euro gerechnet, kann ich Ihnen heute leider keine bessere Zahl vermelden. Vielmehr weist unser Ergebnishaushalt für das Haushaltsjahr 2024 mit 18,5 Mio. Euro ein nochmals deutlich schlechteres Ergebnis aus.

Das liegt im Wesentlichen an zwei großen Positionen - den Personalaufwendungen und dem Finanzausgleich, die unseren Haushalt mit rund 6,6 Mio. Euro zusätzlich belasten.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich von 2023 nach 2024 nicht um die in der aktuellen Finanzplanung des Haushaltsplans 2023 fortgeschriebenen 1,3 Mio. Euro, sondern um sage und schreibe 5,0 Mio. Euro.

Das liegt zum einen an dem im Jahr 2023 getroffenen hohen Tarifabschluss, der uns sehr viel Geld kostet. Der Tarifabschluss gibt uns aber aufgrund der Laufzeit von 24 Monaten zumindest eine gewisse Planungssicherheit. Doch bekanntlich hat die Medaille immer zwei Seiten: Was daher sicherlich ebenso wichtig ist, ist das Signal, das der Abschluss aussendet. Wir können damit endlich wieder einmal Anreize geben, weiterhin im kommunalen öffentlichen Dienst tätig zu sein bzw. dass sich neues Personal bewirbt. Auch wenn die Kosten erst einmal schmerzen, hat der Abschluss ein deutliches Zeichen für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften gesetzt.

Wie ich Ihnen im Personalausschuss bereits erläutert habe, benötigen wir rund 10 Stellen mehr, um unsere Aufgaben weiterhin erledigen zu können. Das klingt viel, ist es aber aufgrund der Fülle unserer Aufgaben nicht. Im Grundsatz haben Sie das, zumindest mehrheitlich anerkannt, obgleich dies natürlich finanziell schmerzt. Dass wir hierüber im Rahmen der Haushaltsberatungen nochmals diskutieren müssen, ist mir bewusst – dies hatte ich Ihnen letztendlich auch zugesichert.

Neben dem immensen Leid, das der Krieg in der Ukraine auslöst, sind es für unseren Haushalt vor allem die wirtschaftlichen Folgen, die wir spüren. Die spiegeln sich indirekt auch teilweise im Finanzausgleich ab. So wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer deutlich reduziert, was uns in Weinheim allein rund 1,9 Mio. Euro kostet. Andere Steueranteile und Zuweisungen reduzieren sich ebenfalls, wenn auch nicht in dieser Größenordnung. In Summe erhalten wir zu den in der Finanzplanung 2023 für 2024 fortgeschriebenen Beträgen rund 2,6 Mio. Euro weniger.

Veränderungen im Finanzausgleich, insbesondere bei den Steueranteilen und Zuweisungen sind üblich. Allerdings erhöhen sich in der Regel die Beträge. Das ändert sich nun.

Schon vor Jahren hatte mein Vorgänger vor der Illusion gewarnt, dass sprudelnde Steuererträge einen nachhaltigen Geldfluss darstellen. Wirklich nachhaltig sind bei genauer Betrachtung allerdings nur die höheren Aufwendungen.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an das Jahr 2022. Nach Ende der Corona-Pandemie zog die Wirtschaft wieder deutlich an. Auch wir in Weinheim profitierten wieder von stark steigenden Steuererträgen. Aber wie immer gibt es auch in diesem Kontext zwei Seiten bei einer Medaille.

Die außergewöhnlich hohen Steuereinnahmen in 2022 kamen nicht nur unserem Ergebnis zu Gute, sondern erhöhten auch unsere Steuerkraft enorm. Das spüren wir nunmehr im Finanzausgleich zwei Jahre später. Die Folge ist eine sehr hohe Steuerkraftsumme, die als Basis zur Berechnung der Umlagen uns 2024 wieder auf die Füße fällt.

So müssen wir bei der Finanzausgleichumlage 900.000 Euro mehr einplanen als bislang angenommen. Und das war schon - eben wegen der hohen Steuerkraft - viel.

Das Gute daran ist, dass sich die hohen Erträge auch in guten Ergebnissen widerspiegeln und wir damit unsere Rücklagen auffüllen konnten. Jetzt müssen wir diese Rücklagen leider wieder plündern.

Ernüchternd könnte man sagen: So ist das kommunale Finanzausgleichssystem. Eigentlich nichts Neues.

Da wir bei der der Kreisumlage in der Finanzplanung bereits den Hebesatz von 30,25 Prozent für 2024 angesetzt hatten, schlägt „nur“ noch die höhere Steuerkraftsumme mit einer zusätzlichen Belastung von 1 Mio. Euro zu Buche.

Herr Landrat Dallinger hatte am 10. Oktober bei der Einbringung des Verwaltungsentwurfs des Haushaltsplanes 2024 bereits angekündigt, dass dieser Hebesatz, dem eine Steigerung von 5,75 Prozentpunkte zu Grunde liegt, so nicht zum Beschluss kommen wird, jedoch in der Mittelfristigen Finanzplanung des Kreises für das Haushaltsjahr 2024 aufgenommen wurde.

Wir wissen heute natürlich noch nicht, welcher Hebesatz letztendlich im Kreistag am 12. Dezember 2023 beschlossen wird. Wir haben daher für uns eine Zahl angenommen, von der wir ausgehen, dass sie im Bereich des Realistischen ist. Statt eine Steigerung um 5,75 Prozentpunkten gehen wir von Steigerung von 4,0 Prozentpunkten aus. Das hat zur Folge, dass wir im Vergleich zu unserer Finanzplanung 2023 für 2024 keine zusätzliche Belastung von 1 Mio. Euro mehr haben, sondern sogar eine Reduzierung um 675.000 Euro.

All diejenigen, die jetzt vielleicht frohlocken, rufe ich zu: Wir zahlen immer noch fast 28 Mio. Euro an Kreisumlage. Das ist nach wie vor ein gewaltiger Brocken, der mehr als schmerzt.

Auch wenn mir klar ist, welche immensen Aufgaben auf dem Kreis lasten, mache ich keinen Hehl daraus, dass mir die Kreisumlage in unserem Haushalt jedes Jahr neu zu schaffen macht.

Dies liegt ganz klar an dem hohen Betrag, den wir Jahr für Jahr an den Kreis abgeben müssen. Im Vergleich zu vor 10 Jahren zahlen wir mit fast 28 Mio. Euro inzwischen rund doppelt so viel.

Selbstverständlich könnten wir eine Erhöhung unserer Grund- und Gewerbesteuerhebesätze vorsehen. Ich schlage Ihnen genau das nicht vor. Auch wenn wir eine Erhöhung dieser wichtigen städtischen Einnahmen gut vertragen könnten, wissen wir um die hohe Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger und um die Konkurrenzsituation bei den Unternehmen. Allerdings möchte ich auch an dieser Stelle ehrlich bleiben und kann Ihnen daher für die Zukunft nichts versprechen.

Dass ich Ihnen einen nicht noch schlechteren Haushaltsplanentwurf vorlege, liegt daran, dass wir bei den Aufwendungen knapp kalkuliert haben und bei den Gebühren und Entgelten sogar etwas zulegen konnten.

Meine Damen und Herren,

der Weg wird steiniger, das steht fest.

Haben wir bislang über Prioritäten gesprochen, müssen wir sie jetzt setzen.

Wie schwer es ist, im Ergebnishaushalt nennenswerte Verbesserungen zu erzielen, weiß hoffentlich jeder hier am Ratstisch.

Schaue ich mir die Einspardiskussionen der letzten Jahre an, muss ich konstatieren: Es ist wirklich um jede erdenkliche Maßnahme, zum Teil sogar mehrmals innerhalb weniger Jahren, diskutiert, ja regelrecht gerungen worden. Nicht eine davon hat es jedoch geschafft, eine auch nur hauchdünne Mehrheit im Gremium zu bekommen.

Das ist kein Vorwurf. Auch ich weiß, wie schwer es ist, Einsparentscheidungen zu treffen. Sie bedeuten nämlich Verzicht. Verzicht auf Leistungen, die nicht nur unsere liebenswerte Stadt prägen, sondern auch mittlerweile als Standard von vielen für selbstverständlich angesehen werden.

Unser Museum, die verschiedenen Bäder, die Angebote der Musik- und Volkshochschule, aber auch die Leistungen unserer Stadtbibliothek zählen beispielsweise dazu.

So selbstverständliche Dinge wie ein Kindergartenplatz, eine angemessene Auswahl an Schulen und die Grundschulbetreuung sind, so traue ich mich fast schon gar nicht diese als besondere Leistung der Stadt zu nennen.

Wir können zu Recht stolz darauf sein, was wir mit dem Übergangmanagement Schule/Beruf in unserer Stadt über all die Jahre aufgebaut und institutionalisiert haben. Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass wir hierfür tief in unsere Tasche greifen müssen. Zumal wir an dieser Stelle eine Leistung erbringen, welche meines Erachtens seitens der Länder in eine Regelfinanzierung übernommen gehört.

Die hohe Zahl der Planungen – sei es im ÖPNV-Bereich oder für die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Obdachlose, um nur 2 Stichworte zu geben - binden ebenfalls Personal in verschiedenen Bereichen der Verwaltung, von den Ausgaben für externe Leistungen ganz zu schweigen.

Und jeder redet vom Klimaschutz. Zweifelsohne ist es wichtig, Maßnahmen zur Energiewende zu unterstützen und eigene Maßnahmen - soweit möglich – aufzugreifen. Ich sehe uns dabei weiterhin auf einem guten Weg. Aber auch das gibt es nicht zum Nulltarif.

All diese Maßnahmen und Projekte kosten die Stadt Weinheim bereits heute mehrere Millionen Euro und werden uns künftig noch weitere zusätzliche finanzielle Anstrengungen abverlangen.

Wir alle wollen die guten Strukturen in Weinheim erhalten. Uns ist zwar klar, dass wir Abstriche machen werden, dass wir auf das Eine oder Andere künftig verzichten müssen und es nicht ausreicht, nur über die Notwendigkeit des Verzichts zu reden. Dabei müssen wir stets im Blick behalten, dass wir unser funktionierendes Gemeinwesen keineswegs zerschlagen wollen.

Meine Damen und Herren,
so werden wir bei unseren künftigen Investitionen noch sehr viel genauer darauf achten müssen, ob wir jede einzelne wirklich unbedingt benötigen. Denn neben den einmaligen hohen Mittelabflüssen belasten uns insbesondere die Folgekosten auf Jahrzehnte – und dies dann zusätzlich im Ergebnishaushalt. Wir reden hier von zusätzlichen Belastungen – nicht selten in siebenstelliger Höhe.

Wir haben keine Wahl, wollen wir auch in Zukunft handlungsfähig bleiben.

Ob dies dann reichen wird, kann Ihnen heute niemand garantieren. Wir haben jedoch keine andere Wahl. Denn ein „Weiter so“, können wir uns einfach nicht mehr leisten.

So bin ich mir mit meinem Kämmerer einig, dass wir mit unserem Haushaltsplanentwurf 2024 auch ein Zeichen setzen müssen, dass es so nicht weitergehen kann.

Wir haben daher einen Globalen Minderaufwand von 1,3 Mio. Euro eingeplant. Dieser verteilt sich mit 800.000 Euro auf die Personalaufwendungen, mit 300.000 Euro auf die Gebäudeunterhaltung und mit 200.000 Euro auf die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze. Zusätzlich haben wir die ursprünglich vorgesehenen 1,8 Mio. Euro bei energetischen Maßnahmen im Ergebnishaushalt um 300.000 Euro auf immerhin noch 1,5 Mio. Euro reduziert.

Das umzusetzen wird anspruchsvoll werden.

Wir sind aber felsenfest davon überzeugt, dass wir das hinbekommen werden.

Und glauben Sie mir, wir haben immer noch einen Haushalt, der sich sehen lassen kann.

Weitere Informationen zu den einzelnen Zahlen des Ergebnishaushalts 2024 erhalten Sie im Anschluss von Herrn Soballa.

Warum ich soeben von der Notwendigkeit, sich mit der Forderung nach immer weiteren neuen Investitionsmaßnahmen zurückzuhalten, gesprochen habe, liegt im immensen Mittelabfluss, der unser Investitionsprogramm heute schon mit sich bringt und den nicht gerade rosigen Aussichten auf baldige positive Ergebnishaushalte.

Hatten wir mit der Mittelfristigen Investitionsplanung 2023 für die nächsten vier Jahre einen Finanzierungsbedarf von rund 35 Mio. Euro eingeplant, müssen wir in dem nun vorgelegten Haushaltsplanentwurf für die MIP 2024 für die nächsten vier Jahre einen Finanzierungsbedarf von rund 68 Mio. Euro einplanen.

Ein Blick in unsere Mittelfristige Investitionsplanung zeigt, dass wir viel – verdammt viel – vorhaben. Allein im Jahre 2024 haben wir Investitionsmaßnahmen von sage und schreibe 37,7 Mio. Euro eingeplant. Bis 2027 addieren sich die Beträge zwischenzeitlich auf 103,3 Mio. Euro.

Ein Handlungsspielraum für kommunalpolitische Wahlprogramme im kommenden Jahr ist in meinen Augen im investiven Bereich faktisch so gut wie nicht gegeben.

Keine Sorge - ich werde Ihnen nur einen kleinen Auszug vorstellen.

Um den Zuweisungen an Flüchtlingen auch weiterhin nachkommen zu können, müssen wir das seit Jahren angedachte Wohngebäude im Schleimweg nun endlich bauen.

Zu den Ausgaben von 5 Mio. Euro für das Gebäude wollen wir nun auch das Grundstück erwerben. Des Weiteren haben wir jeweils drei Planungsraten von je 500.000 Euro für weitere Wohngebäude an drei verschiedenen Standorten eingestellt. Die Mittel für die eigentlichen Baumaßnahmen werden wir dann im Haushalt 2025 einplanen müssen. Bis dahin wissen wir, was wir wo genau bauen wollen.

In meiner Haushaltsrede vor zwei Jahren hatte ich ausgeführt, dass die in den nächsten Jahren für den Bau von Kindergärten erforderlichen Mittel jeden Rahmen sprengen werden.

Auch hier ist es nun soweit, dass wir konkreter agieren können, ja müssen.

- Für den Neubau des Kindergartens Kuhweid haben wir 11,8 Mio. Euro eingeplant, 3,0 Mio. Euro davon in 2024, der Rest von 8,3 Mio. Euro dann in 2025.
- Auch in der Waid soll ein neuer Kindergarten gebaut werden. Hier starten wir mit 300.000 Euro in 2025. Der Löwenanteil von 4,2 Mio. Euro ist dann für 2026 eingeplant.
- Um ein weiteres Jahr versetzt, wollen wir das Gleiche im Baugebiet Allmendäcker. 300.000 Euro in 2026 und 4,2 Mio. Euro in 2027 sind für den Neubau eines Kindergartens Allmendäcker in die MIP eingestellt.

Hatten wir bislang die Sanierung der Sporthalle der Dietrich-Bonhoeffer-Schule im Ergebnishaushalt geführt, taucht diese ab 2024 mit 6,8 Mio. Euro als investive Maßnahme im Haushalt auf. Der Umfang der Maßnahme ist deutlich erweitert worden und wird damit erheblich teurer, insbesondere durch Maßnahmen zur Energie-Einsparung und damit zum Klimaschutz. Das Gute daran ist, dass damit der Ergebnishaushalt entsprechend entlastet wird.

Für die Sanierung des Viktor-Dulger-Bads in Hohensachsen benötigen wir einen besonders kräftigen Schluck aus der Pulle. Die knapp 6 Mio. Euro, die wir in den nächsten beiden Jahren veranschlagt haben, werden bei weitem nicht ausreichen. Hierzu gibt es eine separate Beschlussvorlage, so dass wir den Betrag im Rahmen der Haushaltsberatung anpassen können, ja müssen. Ich erinnere Sie, dass es sich bei der Sanierung des Hallenbades in Hohensachsen um eine freiwillige Aufgabe handelt und wir uns damit zwei Hallenbäder in Weinheim leisten. Ich stehe nach wie vor hinter dieser Maßnahme, auch wenn es mir aus finanziellen Gründen zugegeben sehr schwerfällt.

Wie dem auch sei, beide Projekte sind im Haushaltsplan veranschlagt und aktuell – vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt des Bundes – zunächst ohne Zuschüsse durchfinanziert, wenngleich diese zur Reduzierung von Kreditaufnahmen zwingend erforderlich sind.

Auch dürfen wir auf keinen Fall unsere Straßen und Brücken aus den Augen verlieren. Daher haben wir zuletzt auch stark in unsere Straßen- und Verkehrsinfrastruktur investiert. Das setzt sich in 2024 und auch in den folgenden Jahren verstärkt fort.

Der Ausbau weiterer barrierefreier Haltestellen wird ebenso fortgesetzt wie die Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Auch wenn die Neukalkulation der Verkaufserlöse im Wohngebiet Allmendäcker zu einer zeitlichen Verschiebung der Einnahmen führt, hilft sie uns weiterhin immens bei der Gesamtfinanzierung des Haushalts. In diesem Zusammenhang müssen wir jedoch zur Förderung des Mietwohnungsbaus deutlich aufstocken und haben fast 5,0 Mio. Euro veranschlagt. Das sind 1,6 Mio. Euro mehr als bislang vorgesehen.

Das Schlimme hieran ist, dass wir in der Kommune wieder einmal kräftig selbst - wenn wir etwas zum Besseren ändern wollen - für Aufgaben des Bundes und hier im Speziellen des Landes Baden-Württemberg in die Bresche springen müssen. Außer großen Worten kommt bei uns leider nichts an.

Für das Sanierungsgebiet Westlich Hauptbahnhof haben wir bereits stattliche Beträge veranschlagt. Durch Maßnahmenenerweiterungen und Baupreissteigerungen müssen wir auch hier deutlich aufstocken und zwar um weitere 1,35 Mio. Euro.

Erst vor wenigen Tagen haben wir an dieser Stelle das Hochwasserschutz- und Ökologieprojekt Weschnitz beschlossen. Über die Wichtigkeit und Bedeutung sind wir uns alle einig. Auch wenn wir nur einen kleineren Teil als Stadt bezahlen müssen, addieren sich die Jahresbeträge ab 2025 auf 2,4 Mio. Euro. Um das Projekt formal aufsetzen zu können, haben wir eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt. Ansonsten dürfte ich den Vertrag nicht unterzeichnen.

Die Aufzählung schließe ich mit dem Hinweis, dass wir noch eine ganze Reihe von Maßnahmen kennen, die noch nicht in der MIP enthalten sind, mit denen wir uns in den nächsten Jahren aber ebenfalls beschäftigen werden.

Auch wenn unsere Schatulle mit rund 71 Mio. Euro gut gefüllt ist, benötigen wir im Finanzplanungszeitraum ordentlich Kredite. Allein für das Jahr 2024 ergibt sich ein Finanzierungsmittelbedarf von rund 49 Mio. Euro. Das setzt sich – wenn auch etwas geringer – in den Folgejahren so fort.

Dank unserer hohen Liquidität und eines wahrscheinlich deutlich besseren Ergebnisses im Haushaltsjahr 2023 benötigen wir für das Haushaltsjahr 2024 noch keine Kredite. Das ändert sich dann jedoch in den Folgejahren signifikant. Für den gesamten Finanzplanungszeitraum müssen wir zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität 30,0 Mio. Euro für Kreditaufnahmen einplanen.

Ich gehe davon aus, dass nun allen hier im Raum klar sein muss, dass das Wort Prioritäten ab sofort keine Worthülse mehr sein darf.

Die Devise muss daher lauten: Wir müssen unseren Haushalt stabilisieren.

Daher haben wir beispielsweise den Geh- und Radweg Daffinger Weg bewusst zurückgestellt, wohlwissend, dass der Weg aufgrund seiner Breite ein Fußweg ist, jedoch stark von Radfahrern frequentiert wird. Unser Tiefbauamt hat so schon ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm. Ebenso verhält es sich für unseren Hochbau mit dem Rolf-Engelbrecht-Haus. Daher verzichten wir hier auf die erneute Einstellung einer Planungsrate. Wir können es uns einfach nicht leisten, Maßnahmen in der MIP finanzieren zu müssen, die absehbar so schnell nicht kommen werden.

Damit haben wir einen ersten zugegeben kleinen Schritt gemacht. Weitere, größere müssen jedoch noch folgen.

Ich muss Ihnen nicht sagen, wie schwer es ist, Investitionsmaßnahmen zurückzustellen, d.h. erst einmal zu streichen, von denen wir überzeugt sind, dass wir sie benötigen.

Wie mir Herr Soballa gesagt hat, sind wir früher im Rahmen der Vorberatung im Hauptausschuss die MIP Maßnahme für Maßnahme durchgegangen. Ich denke, dass wir dieses Vorgehen wiederaufleben lassen sollten. Eine andere Möglichkeit, im Konsens bzw. mit Mehrheit im Gremium einzelne Investitionsmaßnahmen zurückzustellen, sehe ich nicht.

Wir müssen in dieser schwierigen Situation an einem Strang ziehen und dies vor allem in die gleiche Richtung. Ansonsten werden wir nicht erfolgreich sein, im Bestreben, unsere Verschuldung im tragbaren Rahmen zu halten.

Zeitlich würde ich das dann in der Sitzung machen wollen, in der wir die Anträge behandeln. Das bedeutet, dass Sie keine Anträge stellen müssten, die eine Reduzierung der MIP zur Folge hätte.

Apropos Anträge: Besonders willkommen sind uns selbstverständlich Haushaltsanträge, welche im Ergebnishaushalt oder auch im Investitionshaushalt auf eine Aufwands- oder Investitionsreduzierung aus sind.

Um an diesem Tag mit dem Programm durchzukommen, halte ich einen früheren Sitzungsbeginn am Nachmittag für erforderlich. Ich bitte Sie bereits heute, sich diesen Nachmittag hierfür freizuhalten.

Meine Damen und Herren, Sie merken einmal mehr, dass wir über das Jahr gesehen über Vieles beraten und beschließen können. Das ändert jedoch nichts daran, dass

die Finanzen das zentrale Thema bleiben. Ist genug Geld da, sind die Finanzen ein Punkt unter vielen. Steigen die Aufwendungen deutlich stärker als die Erträge, befinden wir uns in einem Dilemma.

Wenn es dann schon eine Herausforderung ist, überhaupt die Pflichtaufgaben irgendwie zu schultern, wissen Sie, was die Stunde geschlagen hat.

Und verlassen Sie sich bitte nicht auf Hilfe aus Berlin oder Stuttgart.

Inzwischen habe ich die Überzeugung gewonnen, dass wir immer nur wohldosierte Gaben bekommen ohne am System etwas grundlegend ändern zu wollen. Denn wer Zuschüsse gibt, bestimmt letztendlich, was gemacht wird.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Auch ich begrüße Förderprogramme – aber eben nicht für alles und jeden. Für kurzfristige Impulse mag das geeignet sein, langfristige Aufgabenerledigung ist für die Kommunen so schwer bzw. kaum planbar.

Was wir brauchen, ist eine auf Dauer angelegte, verlässliche, kommunalfreundliche Finanzierungspolitik, die die Finanzströme dauerhaft für die Kommunen sichert und anstelle einer Vielzahl von befristeten Einzelprogrammen wirkt. Ein Lösungsansatz könnte die Erhöhung des Steueranteils im kommunalen Finanzausgleich sein, etwa durch einen größeren Anteil an der Umsatzsteuer.

Was mir ebenfalls immer größere Sorgen bereitet, ist das Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Sei es in der Bildung oder in der Kinderbetreuung, im Klimaschutz oder der Wohnraumversorgung – ich könnte mit meiner Aufzählung noch weiter so machen – überall übersteigen die Leistungsversprechen, die aus Berlin kommen, die staatliche Leistungsfähigkeit. Ich bin überzeugt davon, dass dies bei den Menschen nicht gut ankommt.

Auch wenn ich davon überzeugt bin, dass das Vertrauen der Menschen in die Kommunalpolitik immer noch überdurchschnittlich ist, fällt es auf der örtlichen Ebene zunehmend schwer, unseren Staat zu erklären. Politische Ziele sind nicht dann erreicht, wenn sie im Gesetzblatt stehen, sondern wenn sie vor Ort in den Städten und Gemeinden auch leistbar und umsetzbar sind.

Hierzu passend zitiere ich Herrn Steffen Jäger, Präsident und Hauptgeschäftsführer des Gemeindetags Baden-Württemberg, der sagt:

„Wenn die Kommunen in der großen Summe und weit über einzelne Bundesländergrenzen hinweg laut sagen, dass es kein „Weiter so“ mit immer neuen Standards, Aufgaben und bürokratischen Kleinstregelungen geben darf, dann ist das keine Borniertheit der Kommunalpolitik. Dann ist das eine Warnmeldung aus dem echten Leben vor Ort. Und wenn die Kommunen darauf hinweisen, dass sich Rechtsansprüche oder Leistungsversprechen nicht umsetzen oder erfüllen lassen, dann ist das keine Verweigerungshaltung. Dann ist das eine ehrliche und an den verfügbaren Ressourcen ausgerichtete Rückmeldung mit dem Ziel, „gute und erfüllbare Gesetze“ zu machen“.

Den Aussagen von Herrn Jäger stimme ich ausdrücklich zu.

Meine Damen und Herren, es wäre schon viel gewonnen, wenn den Kommunen seitens der Gesetzgeber mehr Vertrauen entgegengebracht würde.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich komme zum Ende.

Der Haushalt ist für jede Verwaltung die Grundlage ihrer Arbeit. Insofern ist er nicht nur ein Finanzplan, sondern zugleich auch das Maßnahmenprogramm eines jeden Jahres, ergänzt um den Blick in die nähere Zukunft.

Ausgeführt wird diese Arbeit von den Beschäftigten. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch dem Personalrat dafür, dass diese gemeinsame Arbeit und damit auch die gemeinsamen Erfolge bisher möglich waren. Ohne ihr Engagement wären diese Erfolge nicht erreichbar gewesen.

An den Gemeinderat appelliere ich, die fortwährend geleistete und hervorragende Arbeit im Rathaus auch weiterhin entsprechend zu würdigen. Der Kampf um gutes Personal auf dem Arbeitsmarkt ist längst im vollen Gange. Und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes registrieren sehr wohl, ob sich Gemeinderat und Verwaltung - bei aller unterschiedlichen Aufgabenstellung - als Team verstehen oder nicht.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, unseren vier Ortsvorsteherinnen und ihren zwei männlichen Kollegen wie auch den Ortschaftsräten für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Bei meinem Kollegen, Herrn Ersten Bürgermeister Andreas Buske, bedanke ich mich für die vertrauensvolle und stets loyale Zusammenarbeit, die ich in unserer – wenn auch erst kurzen - Zusammenarbeit bereits spüren kann.

Selbstverständlich geht mein Dank auch an meinen im Sommer ausgeschiedenen Kollegen Herrn Dr. Torsten Fetzner.

Ein Dank gilt an dieser Stelle aber auch unserem Kämmerer Herrn Soballa sowie dem großartigen Team aus der Abteilung Finanzen und Haushalt, angeführt von Frau Martens.

Mein besonderer Dank und unsere gemeinsame Anerkennung gelten allen, die den Haushalt mit uns leben und umsetzen: Den vielen ehrenamtlich Tätigen, unseren Kirchen, den Schulen und Vereinen, Institutionen und Organisationen, aber auch den vielen Menschen, die im ganz persönlichen, oft sogar Verborgenen tätig sind. Denn sie alle gewährleisten die soziale Qualität in unserer Stadt.

Und ich bin froh darüber, dass es in Weinheim viel Bürgersinn und viel Bürgerengagement gibt. Das macht unsere Stadt aus, das macht die Kommune zur kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Gemeinderat und Verwaltung werden sich auch weiterhin darum bemühen, möglichst gute Rahmenbedingungen für Ihr Engagement zu schaffen.

Ich wünsche uns allen gute Beratungen und gebe das Wort an unseren Kämmerer Herrn Soballa, der Ihnen nun die Zahlen des Entwurfs näher erläutern wird.

- Es gilt das gesprochene Wort -